



## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 19.9.05

Sitzungsort: **Sitzungszimmer A 013**

Beginn der Sitzung um 15.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.00 Uhr.

Vorsitz führte: **Bürgermeister Kreuzberg**

### Mitglieder:

<input checked="" type="checkbox"/>	Dahmen	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Hosmann	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Klug	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Meeth	CDU
<input type="checkbox"/>	Poschmann	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Berg	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Breu 2.stv.Vors. (bis 16.50)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Mengel	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Schmitz, H.	bVb
<input type="checkbox"/>	vom Hagen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Pitz	FDP

### Stellv.Mitglieder

<input type="checkbox"/>	1. Dr. Dahm	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	2. Gerharz F.-J.	CDU
<input type="checkbox"/>	3. Vogel	CDU
<input type="checkbox"/>	4. Stilz	CDU
<input type="checkbox"/>	5. Boley	CDU
<input type="checkbox"/>	6. Ehrenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	7. Falkenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	8. Fischer	CDU
<input type="checkbox"/>	9. Dr. Frantziach-Immenkeppel	CDU
<input type="checkbox"/>	10. Gerharz Th.	CDU
<input type="checkbox"/>	11. Hepp	CDU
<input type="checkbox"/>	12. Pohl	CDU
<input type="checkbox"/>	13. Pütz	CDU
<input type="checkbox"/>	14. Rau	CDU
<input type="checkbox"/>	15. Schumacher	CDU
<input type="checkbox"/>	16. Simons	CDU
<input type="checkbox"/>	17. Vetterling	CDU

**Schriftführerin:**  
**M. Müller**

### Stellv. Mitglieder:

<input checked="" type="checkbox"/>	1. Dr. Petran (ab 16.50 Uhr)	SPD
<input type="checkbox"/>	2. Heck	SPD
<input type="checkbox"/>	3. Grafe	SPD
<input type="checkbox"/>	4. Dr. Conen	SPD
<input type="checkbox"/>	5. Jung	SPD
<input type="checkbox"/>	6. Reinkemeier	SPD
<input type="checkbox"/>	7. Salvador	SPD
<input type="checkbox"/>	8. Vilkmann	SPD
<input type="checkbox"/>	9. Wehrhahn	SPD

### bVb

<input type="checkbox"/>	1. Brodüssel	bVb
<input type="checkbox"/>	2. Baule	bVb
<input type="checkbox"/>	3. Kiehnel	bVb
<input type="checkbox"/>	4. Mainzer	bVb
<input type="checkbox"/>	5. Müller	bVb

### Grüne

<input type="checkbox"/>	1. Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input type="checkbox"/>	2. Niclasen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	3. Schönhütte	Grüne
<input type="checkbox"/>	4. Weber	Grüne

### FDP

<input type="checkbox"/>	Brämer	FDP
--------------------------	--------	-----

### Verwaltung:

<input checked="" type="checkbox"/>	Kreuzberg (Bürgermeister)
<input type="checkbox"/>	Mues (1. Beigeordneter)
<input type="checkbox"/>	Brandt (Beigeordneter)
<input checked="" type="checkbox"/>	Freytag (Stadtkämmerer)
<input checked="" type="checkbox"/>	J.v. – Bothmer (GLB)
<input checked="" type="checkbox"/>	Schiffer (-01-)
<input checked="" type="checkbox"/>	Becke (FB 10)
<input checked="" type="checkbox"/>	Heil (FB 20)
<input checked="" type="checkbox"/>	Nies (03)
<input checked="" type="checkbox"/>	Radermacher (FB 20)

A) Öffentlicher Teil	3
1. Anfragen	3
1.1 Ratsinformationssystem	3
Beantwortung der Anfrage Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne)	3
Bezug: Rat 2.5.05	3
Vorlage-Nr. 12/89 bd	3
2. Besuch der Fachmesse für Planung, Bau, Modernisierung und Management von Sport- und Freizeitanlagen durch den Schul- und Sportausschuss	4 4 4
Vorlage-Nr. 44/05	4
3. Job-Ticket Vergabe 2006	4
Vorlage-Nr. 118/92 q	4
4. Beratung des Haushaltsplanes 2005	4
Bezug: Rat 12.9.05	4
B) Nichtöffentlicher Teil	14
5. Haushalt 2005	14
hier: Erläuterungen zum Stellenplan	14
Vorlage-Nr. 33/05 e	14

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Er schlägt vor, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zu ändern und die Vorstellung des Ratsinformationssystems vorzuziehen.

## A) Öffentlicher Teil

### 1. Anfragen

#### 1.1 Ratsinformationssystem

Beantwortung der Anfrage Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne)

Bezug: Rat 2.5.05

Vorlage-Nr. 12/89 bd

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Herr Nies** stellt über Video-Beamer das neue Verfahren anschaulich vor.

**Bürgermeister Kreuzberg** dankt Herrn Nies für die Vorstellung und für seine Aktivitäten auf diesem Gebiet generell. Der Internetauftritt der Stadt Brühl werde republikweit als sehr gut bezeichnet. Dies habe man Herrn Nies zu verdanken.

**Ratsfrau Schönhütte** (Grüne) dankt ebenfalls ausdrücklich im Namen ihrer Fraktion. Das neue Verfahren sei sehr gut gemacht und bringe eine große Erleichterung. Letzter Schritt sei natürlich die Verfügbarkeit von vertraulichen Vorlagen und Niederschriften und letztendlich die „papierlose Ratspost“. Sie fragt, wie hier die Aussichten seien.

**Herr Nies** berichtet, dass man hinsichtlich eines Dokumentenmanagementsystems mit der KDVZ zusammen arbeiten wolle. Hier müsse dann eine Zugriffsstruktur eingerichtet werden, in der man festlege, wer in welchem Umfang einen Zugriff erhalte. Die Ratsmitglieder könnten sich dann mit einem Kennwort einen Zugang verschaffen. Das Test-Verfahren habe sich zeitlich verzögert, werde jedoch in Kürze erwartet.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) zeigt sich erfreut über die angedeutete Perspektive, auch nichtöffentliche Unterlagen für einen bestimmten Personenkreis zugänglich zu machen. Wünschenswert sei des Weiteren ein Ausbau der Möglichkeit, Anträge und sonstige Formblätter über Internet abzurufen.

**Herr Nies** führt aus, dass man auch in diesem Bereich weiter arbeite und sich zusammen mit der KDVZ für einen „Formularserver“ entschieden habe. Seit Jahren bestehe aber bereits die Möglichkeit, Formulare über Internet abzurufen. Ziel sei es, medienbruchfrei eine Verbindung zu den Fachverfahren herzustellen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) begrüßt das neue Informationssystem, das allerdings noch nicht die Möglichkeit biete, Unterlagen über ein Stichwort zu suchen. Die auf diesem Weg mögliche umfassende Information über ein Thema sei in seinen Augen aber gerade der Hauptvorteil eines Ratsinformationssystems.

**Herr Nies** erläutert, dass alle Niederschriften über Word/PDF erstellt und von daher volltextrecherschierbar seien. Dies sei natürlich mit den eingescannten Unterlagen nicht machbar. Hier soll Abhilfe jedoch das angesprochene Dokumentenmanagement schaffen.

**Bürgermeister Kreuzberg** bedankt sich noch einmal bei Herrn Nies und stellt fest, dass man auf einem guten Weg sei.

## 2. Besuch der Fachmesse für Planung, Bau, Modernisierung und Management von Sport- und Freizeitanlagen durch den Schul- und Sportausschuss Vorlage-Nr. 44/05

Der Hauptausschuss beschließt die Dienstreise der Mitglieder des Schul- und Sportausschusses nach Köln zur Fachmesse für Planung, Bau, Modernisierung und Management von Sport- und Freizeitanlagen

- einstimmig -

## 3. Job-Ticket Vergabe 2006 Vorlage-Nr. 118/92 q

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, auch in 2006 die Job-Ticket-Vergabe an die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung fortzusetzen und für den Ankauf des Job-Tickets erforderlichen Mittel in Höhe von 121.000,- € im Haushalt 2006 bereitzustellen.

- einstimmig -

## 4. Beratung des Haushaltsplanes 2005 Bezug: Rat 12.9.05

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zunächst bekannt, dass Herr Brandt immer noch krank sei und Herr Mues sich in Urlaub befinde; den Urlaub habe er bereits vor Festlegung der Termine für die Haushaltsplanberatungen festgemacht.

**Bürgermeister Kreuzberg** ruft im Folgenden die einzelnen Seiten des Entwurfs der Haushaltssatzung 2005 auf.

---

### S. 36/37 Gesamtergebnisplan/Gesamtfinanzplan

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) nimmt Bezug auf die Position „Personalaufwendungen“, die auf beiden Seiten aufgeführt sei, aber mit unterschiedlichen Ansätzen. Er fragt nach den Gründen für diese Differenz und ob der neue Tarifvertrag in den Zahlen bereits berücksichtigt sei.

**Fachbereichsleiter Becke** (FB 10) erklärt, dass der neue Tarifvertrag nicht zu einer Korrektur der ursprünglichen Ansätze geführt habe. Änderungen würden sich erst für Personalmaßnahmen ab dem 1.10.05 ergeben.

**Stadtkämmerer Freytag** weist auf die Unterschiede zwischen Gesamtergebnisplan (S 36) und Gesamtfinanzplan (S. 37) hin. Der Gesamtergebnisplan berücksichtige Aufwendungen und Erträge, der Gesamtfinanzplan dagegen den tatsächlichen Geldfluss. Dieser Unterschied

ergebe sich durch die neue Abgrenzung der Doppik zur bisherigen Kameralistik. Am Beispiel der Gegenüberstellung auf S. 48 macht er anhand der Position „Pensionsrückstellung Beamte/Versorgungskassenbeitrag Beamte“ deutlich, dass derzeit die tatsächlichen Zahlungen höher lägen als die Rückstellungen.

**Ratsfrau Schönhütte** (Grüne) nimmt Bezug auf die im Gesamtergebnisplan berücksichtigten Zinsen und fragt, warum man diese nicht in den Einzelplänen finde.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass die Zinsen wegen des Gesamtdeckungsprinzips nicht aufgeteilt, sondern komplett im Produktbereich 61 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ (S. 271 und entsprechende Erläuterung) veranschlagt seien.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) gibt zu bedenken, dass die Personalkosten 39,1 % der Erträge ausmachten.

**Stadtkämmerer Freytag** erläutert, dass sich an dieser Relation nichts geändert habe und diese auch im kamerale Haushalt bisher offen dargelegt worden sei. Der Prozentsatz sei aber nicht außergewöhnlich hoch, sondern im Dienstleistungsbereich durchaus üblich, teilweise sogar noch höher.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, wann die noch fehlende Bilanz vorgelegt werde und wie die in der Ratssitzung genannte Eigenkapitalquote in Höhe von 44 % errechnet worden sei.

**Stadtkämmerer Freytag** stellt richtig, dass er diese Quote nicht errechnet habe. Er bestätigt, dass eine Bilanz abschließend noch nicht erstellt sei; diese sei haushaltsrechtlich aber auch nicht vorgeschrieben. Vorgeschrieben sei der Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Gesamtergebnisplan, dem Finanzgesamtplan, den Einzelplänen und den Anlagen. Erst der Jahresabschluss bestehe aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz. Die Eröffnungsbilanz sei hingegen weitgehend fertiggestellt in der Form einer Modellbilanz; es fehlten lediglich geringfügige Positionen. Man arbeite jedoch mit Hochdruck an der Fertigstellung. Die Bilanzsumme betrage gut 300 Millionen €.

**Ratsfrau Schönhütte** (Grüne) kann nicht nachvollziehen, dass trotz fehlender Eröffnungsbilanz Abschreibungsbeträge in den Teilplänen bereits enthalten sind.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass z.B. bei den unbebauten Grundstücken noch Nacharbeiten erforderlich seien. Die Erfassung verursache einen sehr hohen Aufwand. Er betont nochmals, dass die Bilanz weitgehend fertiggestellt sei und die geringfügigen Nachtragungen keine großen Auswirkungen hätten.

**Ratsherr Berg** (SPD) lobt die großartige Leistung der kompletten Haushaltsumstellung in so kurzer Zeit. Allerdings wäre es gut, die Bilanz baldmöglichst zu erhalten um feststellen zu können, wie der Haushaltsausgleich tatsächlich erreicht werde.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) nimmt Bezug auf den Ansatz von 4,7 Millionen € im Gesamtfinanzplan für Grundstücksverkäufe. Er fragt, inwieweit dieser Ansatz bereits erfüllt sei.

**Herr Schiffer** (01) teilt mit, dass bereits einige Grundstücksgeschäfte, insbesondere im Geildorfer Feld, kassenwirksam geworden seien. Nach und nach würden nun auch die Erlöse aus dem Verkauf des Giesler-Geländes zur Zahlung angewiesen. Konkrete Zahlen könnten allerdings noch nicht vorgelegt werden.

**Stadtkämmerer Freytag** weist darauf hin, dass in der Darstellung des Gesamtfinanzplanes eine Verschiebung der Zeilen passiert sei.

Eine neue Darstellung werde vorgelegt. Der Ansatz für Grunderwerb sei mit 371.000 € im Produktbereich 11, Produktgruppe 13, S. 92, veranschlagt.

---

**Rats Herr Gerharz** (CDU) fragt nach, wie Abschreibungswerte im Verkehrsbereich ermittelt würden.

**Stadtkämmerer Freytag** teilt mit, dass grundsätzlich die lineare Abschreibung angewendet werde und die Zeiträume gesetzlich vorgeschrieben seien. Im Einzelfall erfolge eine Berücksichtigung von Festwerten im Rahmen des laufenden Aufwandes.

**Rats Herr Gerharz** (CDU) fragt, warum in der Produktgruppe 07 „Verkehrsangelegenheiten“ Personalaufwendungen berücksichtigt seien, in der Produktgruppe 08 „Verkehrserziehung“ jedoch nicht. Dadurch entstehe s.E. ein falsches Bild.

**Herr Radermacher** (FB 20) erläutert, dass Personalkosten nicht immer konkret hätten zugeordnet werden können. Die Seite „Verkehrserziehung“ könne im Übrigen künftig wegfallen und der Produktgruppe „Verkehrsangelegenheiten“ zugeordnet werden, so dass dann auch Personalkosten aufgeführt seien.

**Stadtkämmerer Freytag** schlägt vor, eine Zuordnung in der Fortschreibung vorzunehmen.

---

**Ratsfrau Schönhütte** (Grüne) regt an, den Entwurf des Haushaltsplanes in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen, um über entsprechende Suchfunktionen Konten leichter zu finden und Beschriftungen besser lesen zu können.

**Stadtkämmerer Freytag** teilt mit, dass ein Abruf als pdf-Dokument über die städtische Internetseite möglich sei.

**Fraktionsvorsitzender Mengel** (SPD) fragt, ob man heute schon sagen könne, was Brühl wert sei.

**Stadtkämmerer Freytag** antwortet, dass die Bilanz einen Betrag von gut 300 Millionen € ausweise.

---

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, ob der Bereich „Straßenreinigung“ im Produkt 05 „Bauhof“ erfasst sei.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass die Veranschlagung im Produktbereich 54 „Verkehrsflächen und –anlagen; ÖPNV“ erfolgt sei. Die Ausweisung des Gebührenhaushaltes in einer separaten Produktgruppe sei noch nicht erfolgt, könne jedoch noch vorgelegt werden.

---

### **S. 66, Teilergebnisplan 11 06 07 „Sonstige zentrale Dienste“, Sachkonto 53130, Zuweisungen an Zweckverbände (Verbandsumlage (KDVZ))**

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) nimmt Bezug auf den gleichgebliebenen Ansatz und fragt, ob es nicht durch die Nichtinanspruchnahme von Leistungen der KDVZ wegen des eigenen Datev-Verfahrens zu einer Reduzierung der Verbandsumlage hätte kommen müssen.

**Fachbereichsleiter Becke** (FB 10) erläutert, dass die KDVZ z.Z. dabei sei, ihr Abrechnungsverfahren auf die tatsächliche Inanspruchnahme umzustellen. So habe man im vergangenen Jahr die Verbandsumlage um 40.000 € senken können, obwohl alle anderen Verbandsgemeinden hier einen Anstieg zu verzeichnen gehabt hätten. Diese Reduzierung werde sich voraussichtlich in 2005 fortsetzen.

**Stadtkämmerer Freytag** ergänzt, dass die Umlage wesentlich höher gewesen wäre, wenn man statt Datev das KDVZ-eigene Verfahren genutzt hätte.

Im Moment werde jedoch in der KDVZ entgegen der ursprünglichen Absprache überlegt, auch die Gemeinden teilweise an den Kosten des KIRP-Verfahrens zu beteiligen, die ausgestiegen seien.

### **S. 76, Teilergebnisplan 11 08 „Personalmanagement“**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) stellt fest, dass der neue Produkthaushalt nicht kompatibel sei mit dem Stellenplan. So könne man z.B. nicht feststellen, welches Personal in der Produktgruppe „Personalmanagement“ eingesetzt sei.

**Fachbereichsleiter Becke** (FB 10) bestätigt, dass der Stellenplan noch nach dem alten System aufgestellt sei und eine Umstellung erst mit dem nächsten Stellenplan erfolge. Es sei sehr schwierig, hier eine genaue Zuordnung zu erreichen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) regt an, den alten Stellenplan mit einer zusätzlichen Spalte zu versehen und dort auf die entsprechende Produktgruppe hinzuweisen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) gibt zu bedenken, dass grundsätzlich alle Überschriften bzw. Bezeichnungen der Produktgruppen neu seien und man nicht wisse, was sich dahinter verberge. Insofern wäre eine Aufschlüsselung grundsätzlich sinnvoll.

**Stadtkämmerer Freytag** erläutert, dass mit der Bezeichnung „Infrastrukturelles Immobilienmanagement“ das Gebäudemanagement gemeint sei und mit „Grundstücksmanagement“ der Liegenschaftsbereich. Die Produktgruppe 14 „Technisches Immobilienmanagement“ sei der Hochbaubereich.

### **S 87 ff., Produktgruppen 12 und 13**

Zur Produktgruppe 13 „Grundstücksmanagement“ fragt **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP), wie viele Grundstücke nach der Verringerung des Bestandes z.Z.noch gemanagement würden.

**Ratsfrau Schönhütte** (Grüne) bittet, die Aufstellung zu ergänzen um die Produktgruppe 12 „Infrastrukturelles Immobilienmanagement“. Sie hätte gerne gewusst, was in diesem Bereich noch gemacht werde.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Vorlage zu.

### **S. 96, Produktgruppe 14 „Technisches Immobilienmanagement“**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) nimmt Bezug auf die Erläuterung zum Sachkonto 72311 und fragt, ob in dem Gebäude der VHS auch Feuchtigkeitsschäden aufgetreten seien und welchen Umfang die notwendige Sanierungsmaßnahme habe.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Beantwortung zu.

### **S. 97, Produktgruppe 01 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“**

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) vermisst einen Ansatz für die Aktion „Achtet auf Brühl“.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass die Mittel, wie im vergangenen Jahr, in das Budget 32/1 eingeflossen seien ohne ein eigenes Sachkonto.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) nimmt Bezug auf das Sachkonto „Marktstandsgelder“ und bittet um eine Gegenüberstellung der Einnahmen und der Ausgaben.

### **S. 121, Sachkonto 78250 „EDV-Ausstattung Nachrichtenzentrale“**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt nach der Höhe der Kosten für die Verlegung der Kreisleitstelle.

**Bürgermeister Kreuzberg** erläutert, dass man eine Servicestelle in Brühl behalten wolle. Da eine Zusammenarbeit mit der Stadt Wesseling geplant sei, sei hier nicht mit höheren Kosten zu rechnen. Insgesamt müsse man jedoch hinsichtlich der Verlagerung der Kreisleitstelle noch genauere Daten abwarten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) kritisiert, dass es zunächst als zwingend erforderlich bezeichnet worden sei, alles auf Kreisebene zu verlagern mit der Begründung, eine örtliche Leitstelle sei nicht erforderlich und die Zentralisierung bringe für Brühl eine erhebliche Entlastung. Nun wolle man das eigene System mit einer Servicestelle erhalten und auch noch erneuern. Dies sei in seinen Augen „verwaltungstechnischer Blödsinn“.

**Bürgermeister Kreuzberg** wirft ein, dass dies die Stadt nichts koste.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) stellt dies in Frage, da vor Ort alles erneuert werden müsse. Er bittet, seine Aussagen im Protokoll festzuhalten.

**Stadtkämmerer Freytag** erinnert daran, dass der Druck damals von den Krankenkassen ausgegangen sei. Diese hätten die Splittung der Gebühren nicht mehr akzeptiert. Würde man nun die eigene Servicestelle ganz schließen, bedeute dies Mehraufwand an anderen Stellen. In diesem Zusammenhang verweist er insbesondere auf die Notmaßnahmen im Bereich der Psychiatrie und der Jugendhilfe. Er schätze, dass dies vermutlich noch teurer würde.

**Herr Schiffer** (01) ergänzt, dass auch der Notruf der Stadtwerke nicht von der Kreisleitstelle übernommen werden könne.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen** (CDU) erinnert daran, dass anlässlich der Diskussion über die Verlagerung der Kreisleitstelle in diesem Punkt politischer Konsens erzielt worden sei.

### **S. 138, Teilergebnisplan 2102 „Weiterführende Schulen“**

**Fraktionsvorsitzender Mengel** (SPD) gibt zu bedenken, dass an der Realschule schon seit Jahren Raumnot herrsche; die dort errichteten Pavillons könne man nur als Notlösung ansehen. Der Schule sei nun ein Anbau versprochen worden. Die entsprechenden Zahlen könne er dem Haushaltsplan jedoch nicht entnehmen.

**Herr Radermacher** (FB 20) bestätigt, dass diese Maßnahme nicht veranschlagt sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass man in diesem Zusammenhang auch über die Einrichtung von offenen Ganztagschulen an den weiterführenden Schulen nachdenken müsse. Dies könne man hier verbinden und einen entsprechenden Nachtrag vornehmen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) macht darauf aufmerksam, dass man bei dem Zeitplan berücksichtigen müsse, dass Nachmittagsunterricht erstmalig im Schuljahr 2007/2008 anfalle.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ergänzt, dass die Problematik auch die Hauptschulen betreffe. Er schlägt vor, die gesamte Thematik unabhängig von den Haushaltsberatungen einmal separat zu besprechen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) weist darauf hin, dass man sich in diesem Zusammenhang auch Gedanken über die Einrichtung einer Auffangklasse hinsichtlich der Möglichkeit des Wechsels der Realschüler in die Oberstufe ab dem Schuljahr 2010 machen müsse.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) nimmt Bezug auf die Ausführungen des Bürgermeisters hinsichtlich einer Verknüpfung der Raumnot mit der Einrichtung einer Ganztagschule. Es gehe bei der Realschule um reguläre Unterrichtsräume; es bestehe daher ein dringender Handlungsbedarf.

### **S. 144, Teilergebnisplan 2104 „Zentrale Leistungen Schüler und Beteiligte“**

**Fraktionsvorsitzender Mengel** (SPD) beantragt, den für die beiden Erzbischöflichen Schulen gewährten Zuschuss entsprechend an alle weiterführenden Schulen zu zahlen.

### **S. 152, Teilergebnisplan 2503 „ortsspezifische Kultureinrichtungen“**

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass unter „Kulturförderung“ der Bereich der Zuschussgewährung erfasst sei; „ortsspezifische Kultureinrichtungen“ seien z.B. Volkshochschule, städtische Bücherei, Heimatblätter, Rathausgalerie etc. und mit der Produktgruppe „Theater und Konzerte“ sei der gesamte Veranstaltungsbereich gemeint.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) regt nochmals an, eine genaue Spezifizierung der Produktgruppen nachzureichen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet um eine Aufstellung der vor 2003 gezahlten Zuschüsse für die Denkmal- und Stadtbildpflege.

**Stadtkämmerer Freytag** verweist auf S. 155 des Haushaltsplanes. Dort könne man erkennen, dass für die Jahre 2006 bis 2008 wieder die ursprünglichen Ansätze berücksichtigt seien.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, ob das Max-Ernst-Stipendium weiterhin jedes Jahr verliehen werde oder ob man einen 2-Jahres-Rhythmus einrichte.

**Bürgermeister Kreuzberg** spricht sich für die Beibehaltung des jährlichen Turnus aus. Die jährliche Befassung bedeute für die Stadt Brühl Imagegewinn und biete Darstellungsmöglichkeiten.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) unterstreicht die Ausführungen des Bürgermeisters. Man müsse das Stipendium jährlich vergeben, damit es nicht in Vergessenheit gerate.

---

**Ratsherr Hosmann** (CDU) nimmt Bezug auf das Sachkonto „Verbandsumlage VHS“, das unbedingt einer Überprüfung unterzogen werden müsse. In seinen Augen würden viele „unsinnige“ Kurse angeboten, dessen Inhalte nicht zu den Hoheitsaufgaben einer Stadt gehörten.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass es sich bei diesen Kursen oft um die finanziell ertragreichen Bereiche handele. Im Verlustbereich lägen eher die Pflichtkurse. Im Übrigen erfülle die VHS eine sehr wichtige gesellschaftliche Funktion. Der Etat sei insbesondere im Personalbereich bereits erheblich gekürzt worden und stehe weiterhin auf dem Prüfstand. Er schlägt vor, Vertreter der VHS einmal zu einer Sitzung einzuladen, damit diese den Betrieb vorstellen könnten.

#### **S. 157, Teilergebnisplan 2505 „Musik/Kunstschulen“**

**Ratsfrau Schönhütte** (Grüne) bemerkt, dass ihr bei den Personalaufwendungen eine Steigung um 157.000 € aufgefallen sei. Sie fragt, ob es sich hier um Schätzungen oder um tatsächliche Zahlen handele. Sie erinnert daran, dass in diesem Bereich eigentlich eine Konsolidierung hätte stattfinden sollen.

**Herr Radermacher** (FB 20) teilt mit, dass es sich um geschätzte Zahlen, Stand September 2004, handele, die nicht mehr fortgeschrieben worden seien. Er sagt zu, eine genauere Darstellung vorzulegen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, wann es möglich sei, die genauen Einnahmen und Ausgaben eines Kurses aufzuschlüsseln.

**Stadtkämmerer Freytag** erwidert, dass diese Ermittlung sehr aufwendig sei.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) ist der Ansicht, dass Vorschläge zum Abbau des Defizites aus der Struktur selbst kommen müssten. Man müsse überlegen, wie man die Erträge erhöhen könne, z.B. mit einer Vermietung der Räumlichkeiten in den unterrichtsfreien Zeiten. Durch aufwendige Rechnereien würde das Defizit nicht verringert.

**Bürgermeister Kreuzberg** berichtet, dass man mit der Einstellung von Honorarkräften auf einem guten Weg sei. Da er jedoch eine sozial verträgliche Umstellung versprochen habe, könnten weitere Änderungen nur bei einer Fluktuation vorgenommen werden. Diese habe z.Z. nachgelassen. Die hier veranschlagte Erhöhung ergebe sich ausschließlich durch Tarifsteigerungen.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) nimmt in diesem Zusammenhang Bezug auf das **Sachkonto 50190**, auf **S. 160**. Zum einen finde er das Sachkonto im Teilergebnisplan nicht wieder; zum anderen halte er die Darstellung für sehr grob und bittet um eine genauere Differenzierung.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Vorlage zu.

### **S. 165, Teilergebnisplan 2509 „Theater und Konzerte“**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) nimmt Bezug auf den Ansatz für die Vermietung des Veranstaltungssaales und fragt, ob man hier nicht einmal über den Erlass einer Satzung nachdenken müsse, in der die Handhabung festgelegt und die Einnahme- und Ausgabeseite dargestellt werde.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Vorlage zu.

### **S. 228 ff., Teilergebnisplan 54 „Verkehrsflächen und –anlagen; ÖPNV“**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) verweist auf die bilanziellen Abschreibungen und fragt, mit welchem Satz hier gerechnet werde und wie hoch das Infrastrukturvermögen sei.

**Stadtkämmerer Freytag** sagt Vorlage zu.

**Fraktionsvorsitzender Mengel** (SPD) beantragt, ein weiteres Tempoanzeigergeräte anzuschaffen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt nach dem Verfahrensstand in Sachen barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen (Sachkonto 68110).

#### **Beantwortung in der Niederschrift:**

Am 7.9.2005 haben bei der Bezirksregierung die Programmberatungsgespräche im Rahmen des kommunalen Zuschusswesens stattgefunden. Der Antrag zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen auf der Basis der vorliegenden Planung bzw. die Maßnahme ist nicht, wie beantragt, für 2006 eingestellt sondern einplanungsmäßig auf das Jahr 2008 verschoben worden, wobei unter Umständen auch eine Einplanung für 2007 für möglich gehalten wird.

### **S. 259, Teilergebnisplan 56 „Umweltschutz“**

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen** (CDU) nimmt Bezug auf das **Sachkonto 68250** und die in den Erläuterungen angekündigten Ausgleichszahlungen zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen. Man müsse versuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gelder des „Ökokontos“ zu 100 % in Brühl zu verausgaben. Ein entsprechender Ansatz müsse haushaltsmäßig erfasst werden.

**Stadtkämmerer Freytag** verweist auf die für 2005 konkret geplante Ausgleichsmaßnahme im Bereich der Maiglerstraße mit einem Kostenansatz in Höhe von rund 480.000 € (**Sachkonto 78320, S. 260 oben**).

### **S. 277, Teilergebnisplan 71 „Stiftungen“**

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) spricht den Ansatz „Einlage Bürgerstiftung“ an und fragt, ob hier mit dem Erlass einer entsprechenden Satzung zu rechnen sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt die Notwendigkeit, eine Satzung zu erlassen. Wie bereits in seiner Haushaltsrede angekündigt müsse die Angelegenheit ausgiebig beraten werden, da ein breiter Konsens erforderlich sei. Da noch ein Konzept erstellt werden müsse, gehe er von einer Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2006 aus.